

Sonderfonds für Jugendliche in Not

Politiker wollen flexibler reagieren

Bergedorf (stri). Das Ergebnis vorab: Die Idee des Jugendamtes, für innovative, zeitlich begrenzte Projekte der Jugendhilfe, einen Sonderfonds zu gründen, wird in Bergedorf begrüßt. Einstimmig votierte der Jugendhilfeausschuß (JHA) dafür, möglichst schon für den Haushalt 2005 bis zu 30.000 Euro an Rückflüssen aufzutreiben. Zudem einigte man sich darauf, künftig bei der Vergabe des Geldes „die Erkenntnisse aus dem Jugendhilfeplan zu berücksichtigen“ – eigentlich eine Selbstverständlichkeit.

Die Sozialdemokraten hatten eine Diskussion über die Mittelvergabe von jährlich 1,48 Millionen Euro angeregt, um sich künftig an „meßbaren und qualitätsbezogenen Fakten“ (Peri Arndt) zu orientieren. Beispielfähig könnten das Hamburger Schlüsselmodell oder das Altonaer Modell sein. Aber: „Lassen Sie bloß die Finger von Modellen, diese Schlüssel sind sehr unklug“, warnte Regionalamtsleiter Sven Dahlgaard, der die Nachteile erläuterte:

Das Schlüsselmodell berücksichtigt zwar jugendliche Sozialhilfeempfänger, Arbeitslose und Ausländer, aber es gibt keine Möglichkeit, die jungen Rußlanddeutschen separat auszuweisen – für Neuallermöhe ein wichtiger Faktor. Zudem zeigt ein Vergleich, daß das Schlüsselmodell für Bergedorf unbrauchbar ist: Der Bezirk Hamburg-Mitte etwa (13 Prozent der Bevölkerung sind unter 18 Jahre) sieht für die Jugendlichen 22 Prozent der Rahmenzuweisungen vor. In Bergedorf sind es bloß 8,6 Prozent

für die offene Jugendarbeit – dabei sind 8,5 Prozent der Bergedorfer jünger als 18 Jahre. Dahlgaard: „Umgerechnet bedeutet das, daß Mitte für jeden Jugendlichen jährlich 102 Euro ausgibt, wir aber nur 60 Euro.“

Untauglicher noch wäre eine Berechnung nach dem Altonaer Modell, nachdem das Geld auf einzelne Planungsräume aufgeteilt wird. In Bergedorf gibt es vier: Derzeit erhält Lohbrügge 33,9 Prozent aus den Rahmenzuweisungen, Neuallermöhe und Bergedorf-West 54,6 Prozent, das Landgebiet 8,8 Prozent, das Bergedorfer Stadtgebiet 2,7 Prozent. Würden alle Planungsräume gleich behandelt, entfielen auf Neuallermöhe pro Jugendlichen 261 Euro zuviel – Geld, das ins Landgebiet gehen würde, wo der Bedarf aber bei weitem nicht so hoch ist wie in dem Problemstadtteil.

■ Kontrovers verlief die Diskussion über den kurzfristig eingebrachten CDU-Antrag, an einigen Tagen auch Jungen im Neuallermöher Mädchentreff willkommen zu heißen. Die SPD reagierte „sprachlos, überrascht und sauer“, schließlich habe man einst beschlossen, erst in 2007 den Bedarf an Mädchenarbeit zu überprüfen. CDU-Bürgerschaftsabgeordneter Lars Dietrich verwies auf Haschisch rauchende Jugendliche in Grünanlagen und das „übervolle Juzena“. Er forderte zwei edukative Einrichtungen für Neuallermöhe-West. Wegen der fortgeschrittenen Zeit wurde die Sitzung abgebrochen, für den 2. November, 17.30 Uhr, eine Sondersitzung im Lichtwarkhaus einberufen.